



Presseinformation

Nr. 123/2004

Kiel, Donnerstag, 15. April 2004

Sozialpolitik/Zukunft des Zivildienstes

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, *MdL*

Joachim Behm, *MdL*

Günther Hildebrand, *MdL*

Veronika Kolb, *MdL*

Veronika Kolb: Alternativen zum Zivildienst müssen jetzt erarbeitet werden

Zu dem Forum „Zukunft des Zivildienstes“ der FDP-Landtagsfraktion, das am gestrigen Abend stattgefunden hat, sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Veronika Kolb**:

„Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte. Trotz dieser Erfolgs-Story ist das Ende abzusehen:

Zum einen führt die mit der Verkürzung des Wehrdienstes einhergehende Verkürzung des Zivildienstes in den sozialen Einrichtungen zu ernstesten Problemen. Pflegebedürftigen ist bei kürzerer Zivildienstzeit ein häufigerer Wechsel der Betreuungspersonen nicht mehr zu zumuten. In Zukunft benötigen wir durch die Überalterung der Gesellschaft besonders in der Pflege mehr soziale Dienstleistungen. Deshalb muss Politik Konzepte zur Umgestaltung des Zivildienstes hin zu alternativen Diensten erarbeiten.

Zum anderen wird die Wehrpflicht mehr denn je in Frage gestellt – und mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst. Es ist bereits jetzt absehbar, dass die Bundeswehr in den nächsten Jahren einen immer geringeren Bedarf an Wehrpflichtigen hat. Bereits jetzt sind Zahlen von etwa 70.000 Wehrpflichtigen im Gespräch. Analog dazu werden sich hierzu die Zahlen der einzuberufenden Zivildienstleistenden entwickeln.

Wie soll künftig die Arbeit, die bisher Zivildienstleistende in vielen Bereichen und Einrichtungen übernommen haben, geleistet werden? Gefragt ist aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion nicht die billigste, sondern die für die Gesellschaft beste Alternative“, stellte Veronika Kolb fest.

Vor diesem Hintergrund waren sich die Teilnehmer der Runde, zu denen neben Vertretern der Sozialverbände auch das Bundesamt für den Zivildienst, der Landesseniorenrat und die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Birgit Wille-Handels, zählten, einig, dass es jetzt darauf ankomme, die Alternativen jetzt zu erarbeiten, denn spätestens im Jahr 2010 müssten neue leistungsfähige Strukturen vorhanden sein.